

Bericht von der ABGR¹-Konferenz vom 16. bis 19. Juni 2009 bei DESY in Hamburg

An der AGBR-Konferenz bei DESY in Hamburg nahmen vom 16. bis 19. Juni 2009 ca. 40 Betriebs- und Personalräte aus Einrichtungen der Fraunhofer-, der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft sowie der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften teil.

Herr Prof. Dr. Helmut Dosch, geschäftsführender Direktor des DESY, begrüßte die Teilnehmer der Konferenz und betonte die Notwendigkeit der Kooperation mit den Betriebsräten. Diese können erfolgreich Brücken schlagen zwischen wissenschaftlichen Strategien der Institutsleitungen und der notwendigen Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Rahmen einer sich anschließenden kurzen Diskussion äußerte er seinen Eindruck, dass die Wissenschaftsfreiheitsinitiative keine merklichen Auswirkungen hat. Er unterstrich zwar die Notwendigkeit von Zeitverträgen für wissenschaftlich Beschäftigte, die Beschäftigungszeit müsse jedoch zur Qualifizierung auf eine Anschlusskarriere genutzt werden.

Herr MinDir. Jürgen Schlegel, Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), schilderte die spannenden politischen Abstimmungsprozesse an der Nahtstelle zwischen Bund und Ländern – beginnend mit der historischen Entwicklung von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) seit 1970 zur GWK ab 2008. Obwohl die Bildungsplanung nicht mehr zu den Aufgaben der GWK gehört, haben sich Bund und Länder einvernehmlich darauf verständigt, nicht nur über die Forschungsförderung zu verhandeln, sondern auch über strategische Fragen zu beraten. Zwar liegt die Finanzierung des Hochschulbaus inzwischen in der Kompetenz der Länder, der Bund kann jedoch Forschungsbauten mit überregionaler Relevanz zu 50% mitfinanzieren. Dies stellt einen Wandel von einer flächendeckenden Mitfinanzierung zu einer Förderung von sogenannten Leuchtturmprojekten dar. Seiner Einschätzung nach hat die Exzellenzinitiative des BMBF eine nachhaltige Perspektive, sie erfordert jedoch den produktiven Wettbewerb der Hochschulen untereinander. Während aus Sicht der Betriebsräte die hohen Erwartungen an die Wissenschaftsfreiheitsinitiative eher enttäuscht wurden, hat der Bund nach Meinung von Herrn Schlegel einige der Eckpunkte bereits verwirklicht: Abbau der Stellenpläne (beim Bund), Vereinfachung der Vergabeverfahren, Flexibilisierung der Haushaltsbewirtschaftung (zumindest bei den Einrichtungen der HGF). Die Chancen für eine tarifvertragliche Verbesserung der Anstellungsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sieht Herr Schlegel eher pessimistisch. Er betonte zum Schluss, dass ein Ziel des Lissabonvertrages – ein 10%-iger Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung und Forschung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ab dem Jahr 2015 – eine Herausforderung darstellt. Unabhängig davon ist das Erreichen des 3% Anteils am BIP für Forschung und Entwicklung ab 2010 (öffentliche und privatwirtschaftliche Aufwendungen).

Im Rahmen der AGBR-Konferenz fand ein Workshop „Neue Perspektiven für Mitwirkung und Mitbestimmung im europäischen Forschungsraum“ statt. Neben Erfahrungsberichten aus europäisch operierenden Forschungsinstitutionen wurden Probleme, aber auch erste Lösungsansätze zur Umsetzung der europäischen Charta für Forschung diskutiert. Damit ergeben sich neue Herausforderungen für Betriebs- und Personalräte sowie für Gewerkschaften, die betriebliche und überbetriebliche Partizipation weiterzuentwickeln. So stehen beispielsweise der von Vielen gewünschten Mobilität von Forschern eine Vielzahl von Hemmnissen aus nationalstaatlichem Arbeits-, Aufenthalts-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht im Wege. Hier bot der Generalsekretär der GWK, Herr Schlegel, seine Unterstützung an. Die Dachorganisation der Arbeitnehmervertretungen der europäisch organisierten Forschungsinstitutionen EIROstaff wird sich auf ihrer nächsten Sitzung ebenfalls damit beschäftigen.

Neben den Berichten aus den AGBR-Fachausschüssen wurden zum Abschluss der Konferenz erste Überlegungen zu einer Positionierung der AGBR zur heterogenen Tariflandschaft in Wissenschaft und Forschung TVöD und TV-L diskutiert.

¹ Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) und Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) - vertritt etwa 68.000 Beschäftigte in Forschung und Entwicklung.